

KOMPENDEMENT

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreieckstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 2. März 1927

Nummer 18

Unser Nachwuchs

Eine der schwerwiegendsten Fragen in der Gestaltung des zukünftigen Nachwuchses in unserm Gewerbe ist unzweifelhaft die richtige Auslese unter den Reflektanten. Und wenn sowohl Neigung wie Eignung gewissenhaft erforscht sind, dann bleibt immer noch die bedeutende und überaus wichtige Frage der Regelung der Unterbringung des Lehrlings in eine alle Voraussetzungen der Auszubildungsmöglichkeit bietende Lehrstelle als Hauptaufgabe übrig. Das Buchdruckgewerbe gehört unzweifelhaft zu den hochqualifizierten, das infolge seiner Vielseitigkeit eine Art Univerfalschule verlangt und darum hohe Anforderungen stellen muß.

Der 1. April als nächster Einstellungstermin für die aus der Schule zu Entlassenden rückt immer näher heran. Bei so vielen der in das Wirtschaftsleben eintretenden Rekruten wird das rauhe Schicksal sein schlimmes Spiel treiben: erträumtes Glück in dem erwählten Beruf und die erhoffte Zufriedenheit in der zukünftigen Gestaltung der Existenz wird bei so manchen jungen Menschen, der harmlos seinem Geschick sich hingibt, vernichtet werden. Hier ruht die schwere Verantwortung für das spätere Schicksal des werdenden Menschen bei denen, die Macht und Einfluß besitzen, die Dinge zu meistern. Es ist nicht so, wie es uns die Anschlagsfäden, die Tageszeitungen und die Buchdruckunternehmen allzu oft erzählen, daß das Buchdruckgewerbe lohnenden Verdienst und gesicherte Existenz bietet. Die Zuweisung einer Lehrstelle und die Absolvierung einer vierjährigen Lehrzeit bürgen keineswegs für das versprochene Glück. Der den Wirtschaftsmechanismus regelnde Apparat muß erst geschaffen werden, und solange die Lehrkräfteordnung als erstes nicht zu missenden Faktum zur Herbeiführung einer wirklichen Ordnung im Gewerbe nicht allgemein zur Einführung gelangt, wird man zu einer richtigen Gesundung im Gewerbe nicht gelangen.

Wie oft die Prinzipale an dem jungen Nachwuchs sich verunsichern und wie oft dieselben ausbeuten statt ausrüsten, dürfte die folgenden, durchaus nicht alle Kunsttempel umfassenden Beispiele zeigen:

Je eine Firma beschäftigt:			Je eine Firma beschäftigt:		
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge
— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge	— Drucker, — Seper, — Bechtlinge

Diese kleine Zusammenstellung zeigt, wie die Ordnung im Handwerkskammerbezirk Berlin aussieht und welche Aufgaben der Prinzipalität zufallen, wenn auch sie willens wäre, wirkliche Ordnung im Gewerbe zu schaffen. Diese genannten Kunsttempel, die mindestens zum Teil auch den Prinzipalen nicht verborgen geblieben sein dürften, werden gewiß nicht zur Hebung des Gewerbes beitragen, wohl aber als läbliche Lehrlingsausbeutungen und Bruchstücke im Gewerbe noch weiter zum Schaden des Gewerbes ihre Schmutzkonzentrate weiter ausüben.

Die Gehilfenenschaft hat bisher alles getan, was zur Besserung der Verhältnisse zu tun möglich war. Kann man dies bei objektiver Prüfung der Dinge auch von der Prinzipalität behaupten? Ich verneine dies mit aller Bestimmtheit! Die bei den diesmahligen Verhandlungen von den Prinzipalen beantragte Streichung der Lehrlingsstaffel aus dem Tarif läßt allerlei andre Deutungen zu. Der ernste Wille, einen brauchbaren, den Erfordernissen des Gewerbes dienenden Nachwuchs heranzubilden, ist leider zu wenig vorhanden. Es ist zu viel Gleichgültigkeit zu verzeichnen in der Frage der Nachprüfung der Lehrstellen, ob diese auch alle den Voraussetzungen einer genügenden Ausbildung entsprechen. Hier vermissen wir das ernste Wollen der Prinzipalität. Sind nicht auch schon Beweise im „Korr.“ darüber erbracht worden, daß sogar Prinzipale, „Sachverständige“ (siehe Nr. 91, 1925 des „Korr.“) bei der Berliner Handwerkskammer sich in der so wichtigen Frage der Ausbildungsmöglichkeit den Interessen des Gewerbes zuwiderlaufend bewußt falsch oder mindestens sehr unzulässig eingestellt haben? Solange Vorkommnisse solcher Art möglich sind, wird es zur Abstellung derartiger Zustände noch recht ernster Arbeit bedürfen. Es ist und bleibt der Gehilfenenschaft überlassen, nach dem Rechten zu sehen. Es wird auch diesmal der Gehilfenenschaft obliegen, bei der bevorstehenden Lehrlings-einstellung ein nachsames Auge zu haben auf die

Firmen, die Lehrlinge anfordern bzw. einstellen. Die Handwerkskammer eventuell in Anspruch zu nehmen, hat wenig Zweck. Dazu haben wir allzu bittere Erfahrungen hinter uns.

Die Gehilfenenschaft ist auf sich selbst angewiesen; sie wird dafür eintreten, daß die Wünsche der Prinzipale nach Durchbrechung der Lehrlingsstaffel unterbunden werden. Die Anmeldungen zum Gewerbe sind auch diesmal so zahlreich, daß es nicht möglich ist, alle Reflektanten zu berücksichtigen. Dieser Zustand zum Gewerbe zeigt aber auch, daß die Befürchtungen der Prinzipale, in den nächsten Jahren werde ein Mangel an Nachwuchs zu verzeichnen sein, vollständig haltlos sind. Noch ist die Arbeitslosigkeit eine außerordentlich große — nicht nur in Deutschland — und nichts rechtfertigt die pessimistisch eingestellte Auffassung des Regierungsrats im Reichsarbeitsministerium Dr. Strunden in Nr. 44 des „Reichsarbeitsblattes“ vom 24. November 1925, der nachzuweisen sich bemüht, daß vom Jahre 1929 an der Arbeitsmarkt der Jugendlichen einen Ausfall von über 80 000 aufweisen wird und der sich weiter steigern dürfte bis auf 640 000 bis zum Jahre 1932. Auch die weitere Prophezeiung Dr. Strunden, daß der Ausfall von Volkswählern sich von 1933 an bis 1937 auf zwei Millionen steigern wird, dürfte nur eine sich nicht rechtfertigende lassende Hypothese bleiben. Die bis jetzt vorliegende Gesamtlage auf dem Wirtschaftsmarkt führt in keiner Weise die Auffassung von Dr. Strunden.

Dem im vorigen Jahre von der „Zeitschrift“ ausgestoßenen Angstschrei: „Stellt Lehrlinge ein!“ stellen wir aus der Gehilfenenschaft den Mahnruf gegenüber: „Seid auf der Hut!“

Berlin.

Paul Russial.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit

Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben bei einem Teile des industriellen Unternehmertums eine stark abfällige Kritik erfahren. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde als ein verfehltes Experiment bezeichnet, von dessen Durchführung man sich weder eine günstige Beeinflussung der Wirtschaft, noch eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit versprach. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen scheint dieser Auffassung recht zu geben. Nach vorübergehender Abnahme der Arbeitslosigkeit ist die Zahl der unterfüllten Erwerbslosen wieder in starkem Steigen begriffen. Allein in der zweiten Dezemberhälfte betrug die Zunahme der Erwerbslosenziffer 19 Proz. und in der ersten Januarhälfte ist eine weitere Erhöhung um 5 Proz. eingetreten. Der letzte Stichtag ergab bereits 1 834 000 unterfüllte Volkserwerbslose, womit wir dem Höchststand der Erwerbslosenziffer vom März 1926 mit 2 055 000 wieder ganz bebenflich nahe gerückt sind. Besondere Anzeichen, die auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung hindeuten, liegen nicht vor, weshalb die Befürchtung sehr nahe liegt, daß die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen und den Stand des Vorjahres noch überschreiten wird.

An Prognosen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung in Aussicht stellen, fehlt es nicht. Eine solche Änderung zu prophezeien ist nicht gerade schwer. Das Wirtschaftsleben bewegt sich in Wellenlinien. Dem wirtschaftlichen Tiefstand folgt stets nach kürzerer oder längerer Dauer eine Periode aufsteigender Konjunktur, die schließlich an einem bestimmten Höhepunkt angelangt, wieder in einen Abstieg ausläuft. Das alles ist bekannt. Ungewißheit besteht nur über die Dauer der Phasen dieser Auf- und Abwärtsbewegung, und es ist bis jetzt noch nicht erreicht worden, hierüber einwandfreie Klarheit zu erhalten. Aus verschiedenen Anzeichen, wie dem Stand der Warenpreise, dem Steigen der Effektenkurse, der zunehmenden Geldflüssigkeit, dem Nachlassen der Konfusen usw. glaubt die Konjunkturforschung, auf eine Überwindung der Wirtschaftskrise und einen beginnenden wirtschaftlichen Aufstieg schließen zu dürfen. Nur will sich in das für diese Annahme maßgebende Konjunkturbild die zunehmende Arbeitslosigkeit schlecht einfügen.

Unter diesen Umständen erscheinen die von Regierung und Reichstag beschlossenen Maßnahmen als berechtigt und unabwendbar. Das aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte die Wirtschaft über den toten Punkt hinweghelfen, den sie aus eigener Kraft nicht zu überwinden

vermochte, zugleich eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Welche Erfolge sind in der Ausführung dieser Absichten erreicht worden? Hierauf gibt die vom Reichsarbeitsministerium soden veröffentlichte Denkschrift über die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Antwort, die in hohem Maße geeignet ist, den gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm gerichteten Angriffen entgegenzutreten.

Wie auch von den Gewerkschaften gefordert wurde, sollte die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms insbesondere solche Teile der Wirtschaft berücksichtigen, deren Beschäftigungsergebnisse auch auf andere Gewerke günstig auswirken und einen Antriebsimpuls für die gesamte Wirtschaft zu bieten verprägt. Hierfür kommen die sogenannten Schlüsselindustrien in Betracht. Da es sich zugleich darum handelte, die für diesen Zweck erforderlichen Ausgaben produktiv zu gestalten, war ferner darauf Bedacht zu nehmen, die Aufträge durch Stellen herauszubringen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Reich in mehr oder minder enger Beziehung standen, wie die Reichsbahn und die Reichspost. Hinzu trat der Ausbau der Wasserstraßen, die Förderung des Wohnungsbaues, der Bau von Landarbeiter- und Beamtenwohnungen, die Durchführung von Notstandsarbeiten, die Förderung der deutschen Ausfuhr usw.

Der für die beschleunigte Durchführung der beschlossenen Arbeiten eingesehene Ausschluß setzte alsbald mit seiner Tätigkeit ein. Hierbei stellte er vorzorglich einen Teil der Aufträge für die Wintermonate zurück, in denen infolge der Einstellung der Arbeiter ein Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt einzutreten pflegt. Zugleich bemühte er sich, eine zweckmäßige Verteilung der Aufträge, vor allem auf dem Baumarkt vorzunehmen sowie die Aufträge solchen Betrieben zuzuteilen zu lassen, in denen eine besonders günstige Arbeitsmarktlage bestand. Hierbei stieß er jedoch infolge der großen Schwierigkeiten, weil die Ausführung der zu vergebenden Arbeiten in Betracht kommenden Betriebe sich keineswegs immer mit denen deckte, die unter besonderem Beschäftigungsmangel litten, außerdem die gebotenen Arbeitsmöglichkeiten häufig nicht in Bezirken mit größerer Arbeitslosigkeit fielen.

Die vom Reich für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgewendeten Mittel belaufen sich für das Haushaltsjahr 1926 auf rund 630 Millionen Mark und konnten ohne Zinsaufnahme des Anleihemarktes flüssig gemacht werden. Das ist ein recht erheblicher Betrag, von dem man sich schon eine nachhaltige Wirkung auf die Wirtschaftslage versprechen durfte! Tatsächlich ist auch nach der Denkschrift für die Zeit vom 1. Juli bis 1. November 1926 ein erheblicher Rückgang der unterfüllten Erwerbslosen festzustellen. Ihre Zahl sank von 1 740 574 auf 1 308 293. In der gleichen Zeit ging auch die Kurzarbeit beträchtlich zurück. Die Denkschrift gibt zu, daß dieser Rückgang nicht allein den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugeschrieben werden kann, sondern dazu auch eine leichte Wiederbelebung der Konjunktur beigetragen hat. Einwandfrei geht jedoch die Wirkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus der Beschäftigungsziffer für Notstandsarbeiten hervor, für die 253,6 Millionen aufgewendet wurden. Am 1. Oktober 1926 wurden noch 131 260 Erwerbslose = 9,8 Proz. der unterfüllten Erwerbslosen beschäftigt.

Zutreffend kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß staatliche Maßnahmen eine Arbeitslosigkeit in dem Umfang, wie sie gegenwärtig in Deutschland herrscht, nur teilweise beheben und lindern kann und ihre durchgreifende Beseitigung aus der Wirtschaft selbst kommen muß. Das entbehrt jedoch nicht von der Verpflichtung, die seither durchgeführten Maßnahmen fortzusetzen, da es nicht angeht, die Arbeitslosen ihrem Schicksal zu überlassen und sie lediglich auf Unterfütterung zu verweisen. Auch die wenig befriedigenden Ergebnisse der durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen liefern den Beweis, daß die Schaffung produktiver Arbeit der Unterfütterung unbedingt vorzuziehen ist. Sie werfen aber auch ein beachtenswertes Licht auf die widerständigen Zustände, die der gegenwärtigen Wirtschaft eigenfürlich sind und es verstanden, daß nicht bessere Resultate vorliegen.

Der Mißerfolg der Maßnahmen des Reichs ist in weitestgehendem Umfang in der Kartell- und Syndikatspolitik der deutschen Industrie begründet. Die von ihr durchgeführte Rationalisierung hat — wie von industrieller Seite selbst zugegeben wird — eine beträchtliche Steigerung der

Produktion herbeigeführt. Es ist gelungen, mit geringerem Arbeitsaufwand und erheblich herabgesetzten Kosten die Produktionsmenge zu erhöhen. Trotzdem hat sich die Industrie nicht veranlaßt gesehen, die Preise herabzusetzen oder die Arbeitszeit zu verlängern. Wie der Großhandels- und Lebenshaltungsindeks erkennen läßt, sind im Gegenteil die Preise gestiegen. Ferner wurde von der Industrie ohne Rücksicht auf die infolge der Rationalisierung überflüssig gemachten Arbeitskräfte systematisch versucht, die Arbeitszeit zu verlängern. Auf diese Weise hat der Kapitalismus selbst das Entstehen neuer Kaufkraft verhindert sowie dazu beigetragen, die bestehende Kaufkraft durch Schaffung weiterer Massen von Arbeitslosen zu vernichten. Damit wurden die Maßnahmen des Reichs zum sehr wesentlichen Teil illusorisch gemacht. Soll hierin für die Folge eine Änderung eintreten, so wird man sich nicht damit begnügen dürfen, lediglich öffentliche Mittel zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu verwenden, sondern energische Maßnahmen treffen müssen, die diesem wirtschaftsstörenden Wirken der Kartelle und Syndikate ein Ende bereiten. Daß in dieser Richtung etwas geschieht, dafür besteht nach dem Zustandekommen der neuen Bürgerblockregierung keine Aussicht. S. M.

Achtstundentag, Wochenende und Freitagewoche

Welche Fülle von Umwälzungen hat doch die Menschheit erlebt seit Karl Marx in 1866 schrieb: das Erringen des Zehnstundentages in der englischen Textilindustrie bedeute „den Sieg eines Prinzips“! In Deutschland war Marx damals noch ein Prediger in der Wüste. Wie der Schriftwechsel zwischen Hobbes und Laflamme beweist, war die „soziale Frage“ noch nicht geboren, von der Notwendigkeit eines Arbeiterschutzes wußte man nichts.

Gewiß waren bei den englischen Gewerkschaften 1866 die Meinungen über den Wert einer gesetzlichen Arbeitszeitregelung noch sehr ungeklärt. Der Zehnstundentag galt nur für Frauen und Mädchen der Textilindustrie. Der „Sieg des Prinzips“ aber brachte es mit sich, daß auch die Arbeiter der Textilindustrie Aufsteiger waren, da doch die Eigenarten des Betriebes es nicht gestatten, daß die Arbeitszeit männlicher Arbeitsträger eine längere ist als die der weiblichen.

Seute legt sogar der Friedensvertrag von Versailles Zeugnis ab für die geistige Umwälzung, die seit 1866 stattgefunden hat. Wie die deutsche Reichsverfassung, so verlangt er, die „Arbeitskraft müsse unter dem Schutz des Staates stehen“.

Range vor dem Kriege gelang es den englischen Gewerkschaften, durch Tarifabschlüsse eine angemessene Arbeitszeit zu erringen. Der englische Arbeiterschutz ist nach dem Buchstaben des Gesetzes hauptsächlich für Frauen und Mädchen bestimmt. So wurde auch das Wochenende ursprünglich gesetzlich nur für Frauen und Mädchen eingeführt. Zuerst durften Textilarbeiterinnen am Sonnabend nur bis 1 Uhr mittags arbeiten. Diese Bestimmung wurde 1903 auf 12 Uhr heruntergesetzt, so daß schon damals die gesetzlich erlaubte Arbeitszeit 56 Stunden betrug. Seit 1919 besteht auch trotz des gesetzlichen Zustandes der Achtstundentag in fast allen Industrien.

Das Wochenende war lange vor dem Kriege zum Gemeingut aller Werktätigen geworden, trotzdem das Gesetz — außer in der Textilindustrie — eine Arbeitszeit bis 4 Uhr nachmittags erlaubt. Allgemein tritt um 1 Uhr Arbeitsruhe ein. Die kleineren Geschäfte, die glauben am Sonnabend offenhalten zu müssen, schließen dafür an einem Nachmittage in der Woche (gewöhnlich Donnerstags), damit auch ihre Angestellten einen freien Nachmittage haben. In deutschen kapitalistischen Kreisen hört man immer wieder Loblieder singen auf die „Heiligkeit der Familie“, ohne zu begreifen, daß es sich hier in erster Linie um eine wirtschaftliche Frage handelt. Da in England der freie Nachmittage dem Sport und dem Vergnügen dient, ist der Sonntag der Familie geweiht. Vor dem Kriege sprach der Deutsche gern von dem „engherzigen puritanischen England“, weil dort des Sonntags allgemeine Ruhe herrschte und die Masse des Volkes diesen Tag im Kreise der Familie verlebte. Langsam, wie immer, merkt man in Deutschland, daß auch im freien Sonnabendnachmittage ein Stück Sozialreform steckt.

Durch den freien Nachmittage ist also in England die wöchentliche Arbeitszeit schon länger als auf dem europäischen Festlande. Es ist deshalb unbegreiflich, daß die neue deutsche Bürgerblockregierung die Washingtoner Konvention nur dann ratifizieren will, wenn die andern Industriestaaten ratifiziert haben. Angesichts der kürzeren Arbeitszeit in England muß die ganze Kraft der deutschen Gewerkschaften zur schnellsten Durchführung des Achtstundentages verwandt werden. Bekanntlich war die Arbeitszeitkonferenz im April 1926 in London auf Betreiben der englischen Regierung einberufen worden. Wie Premierminister Baldwin sich den englischen Gewerkschaftsführern gegenüber ausdrückte, müsse seine Regierung volle Klarheit über die Auslegung des Washingtoner Abkommens haben, damit der Achtstundentag in Deutschland durch ein Abemmaß von Überstunden nicht ganz illusorisch gemacht werde. Die beim Regierungsantritt vom Reichskanzler Marx abgegebene lahmte Erklärung: man sei „zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bereit“, ist deshalb mindestens irreführend. Der Politik des Versteckenpielens muß seitens der Gewerkschaften Einhalt geboten werden.

Bis jetzt hat man in Deutschland immer angenommen, die Freitagewoche sei eine rein amerikanische Einrichtung. Das ist ein Irrtum. Der letzte Bericht der englischen Gewerbeinspektion zeigt, daß dieses System vereinzelt in England schon einige Jahre besteht. Richtig ist allerdings: Die Freitagewoche hat in Amerika seit zwölf Monaten größere Ausdehnung genommen als in England. Die amerikanischen Gewerkschaften haben es sich zum Ziel gemacht, eine große Bewegung zur Erringung der vierzigstündigen Arbeitszeit zu inszenieren. Die Idee stammt eigentlich von den „internationalen Gewerkschaften, in denen das jüdische Element vorherrscht. Bekanntlich arbeiten die Juden am Sonnabend nicht. Das ist in England gesetzlich erlaubt. Vor dem Kriege arbeiteten die Juden am Sonntag, doch hat diese Arbeitseinteilung dort, wo Juden und Christen zusammenarbeiten, stets zu Unlieblichkeiten geführt. Außer bei Ford ist auch in Amerika die Freitagewoche bis jetzt hauptsächlich nur da eingeführt, wo viele Juden zusammenarbeiten, das ist in der Bekleidungsindustrie.

In England besteht die Freitagewoche in einer Reihe größerer und kleinerer Betriebe. Im Bericht der Gewerbeinspektion heißt es, zurzeit sei es noch nicht möglich vorauszufragen, ob es sich hier um eine dauernde Einrichtung handle. „In manchen Betrieben wurde wegen der Krise nach dem Kriege zu dieser Arbeitszeitregelung geschritten. In andern Betrieben glaubte man hier ein Mittel zur Einschränkung der Produktionskosten gefunden zu haben. Andere Unternehmer wieder fanden, bei der kurzen Arbeitszeit des Sonnabends lasse der Antriebs zur Arbeit nach. Die Gewerbeinspektoren, die sich eingehend mit dem Problem beschäftigten, sind der Überzeugung, für die weit vom Betriebe wohnenden Arbeiter handle es sich hier um eine wohltuende Einrichtung, wodurch sie Zeit und Fahrgehalt sparen.“ Ferner heißt es: „Nimmer wieder hört man vom technischen Personal, gerade für die Jugendlichen sei diese Arbeitszeitregelung sehr zu begrüßen. Nach dem langen Wochenende kommen sie frischer und gesünder wieder zur Arbeit zurück. Für verheiratete Frauen aber ist es eine sehr gute Sache, haben sie doch mehr Zeit zur Verrichtung der Hausarbeit und können auch Zeit ausnützen.“

Alle diese Dinge zeigen, wie notwendig es für das deutsche Unternehmertum ist, endlich mit dem altgebrachten Schiedsman von der langen Arbeitszeit und den kurzen Löhnen zu brechen. Von der Regierung muß verlangt werden, schnellstens dafür zu sorgen, die in den Mühseln und in der Regierungserklärung gemachten Andeutungen und Versprechungen in die Tat umzusetzen. Die Zeit der Worte ist vorbei. Die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen wollen endlich Taten sehen. Die Arbeiterschaft hat einen großen Teil der Stabilisierungskosten tragen müssen. Auch hat man die Rationalisierung, die jetzt nur zum Schaden der Arbeiter durchgeführt. Darum heißt die Parole: Her mit dem Achtstundentag!

Köln.

S. M.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die Sozialpolitik im Haushaltsausschuß des Reichstages

Der deutsche Reichstag wird sich in den nächsten Wochen und Monaten mit einer Reihe wichtiger sozialpolitischer Gesetzmahnahmen zu beschäftigen haben. Die „glücklich“ zusammengeflackte neue Reichsregierung wird hier Beweise ihrer zur Schau getragenen sozialpolitischen Einsicht erbringen müssen. Die vom Zentrum mit den Deutschnationalen „vereinbarten“ Richtlinien über die Sozialpolitik bewegen sich ja in so allgemeinen Redewendungen, daß damit wenig oder gar nichts anzufangen ist. Es kommt schließlich auch nicht so sehr darauf an, daß Gesetze und Gesetzänderungen geplant sind, weit wichtiger ist, daß sie unverzüglich — ohne Verschleppung — an das Reichsparlament zur Beratung gelangen. Es kommt weiter ganz wesentlich darauf an, wie diese Gesetze und Gesetzänderungen in der Tat aussehen. Gerade in letzterer Hinsicht haben wir alle Ursache, im Zeichen des schwarzblauen Bürgerblocks das größte Mißtrauen zu hegen. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums eine Übersicht über geplante sozialpolitische Gesetze gegeben. Danach befinden sich nach dem Stande vom 10. Januar 1927 folgende Gesetze in Vorbereitung:

Dem Reichstag vorgelegt sind: der Gesetzentwurf über Maßnahmen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz (im 9. Ausschuß); der Gesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung; der Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau, gemeinsam mit Reichsinnenministerium (im 14. Ausschuß); der Gesetzentwurf über die Reichswohnungsauslösung im Jahre 1927 und Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden, gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsministerium; ferner die Entwürfe eines Hausgehilfengesetzes und eines Arbeitslosgesetzes; ein Gesetzentwurf über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft; ein Gesetzentwurf über das Washingtoner Abkommen, betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft; ein Gesetzentwurf über die berufliche Ausbildung Jugendlicher, gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsministerium. In Vorbereitung sind: 1. ein Gesetzentwurf über Unfallfürsorge für Gefangene; 2. ein Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Genfer Abkommens über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigungen aus Anlaß von Betriebsunfällen; 3. ein Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seefleute; 4. ein Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Genfer Abkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten; 5. ein Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Genfer Abkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen; 6. ein Gesetzentwurf, betreffend die Genuefer und Genfer Abkommen über das Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur Arbeit auf See, über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch, über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Trimmer oder Heizer und über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seefahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen; 7. ein Gesetzentwurf, betreffend die Genfer Abkommen über die Verwendung von Weisewitz zum Anstrich; 8. ein Gesetzentwurf, betreffend die Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, die Nacharbeit der Frauen, das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit sowie die Genfer Abkommen, betreffend den wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen Betrieben und die Nacharbeit in Bäckereien; 9. ein Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes; 10. ein Gesetzentwurf über Arbeitsstarbverträge und Betriebsvereinbarungen; 11. Entwurf einer Neufassung der Seminarsordnung; 12. Entwurf eines Bergarbeitengesetzes; 13. Gesetzentwurf zur Abänderung der Kleingarten- und Kleinpachtlandsordnung von 31. Juli 1919; 14. Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Pachtbefreiung; 15. Gesetzentwurf über das Pachtrecht; 16. Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsmietengesetzes, gemeinsam mit dem Reichsjustizministerium; 17. Gesetzentwurf zur Änderung des Mieterschuldscheingesetzes, gemeinsam mit dem Reichsjustizministerium; 18. ein Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaus; 19. ein Entwurf eines Gesetzes über die Bergmannsbesoldungen; 20. ein Entwurf eines vierten Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen.

Der Zentrumsabgeordnete Erling regte die Schaffung von Sozialatlassen an, die in großen Industrieländern den deutschen Missionen zugute kommen sollen, um die dortige Sozialgesetzgebung zu verfolgen und die Durchführung der internationalen Abkommen zu kontrollieren. Die Abgeordneten Soeh und Luise Schröder (Soz.) traten für eine wesentliche Erhöhung der Invalidenrenten ein und kündigten entsprechende Anträge an. Ministerialdirektor Griese machte u. a. Ausführungen über die Sozialversicherung. Das Ministerium prüfe, inwieweit die Grundsätze, die sich in der knappschaftlichen Krankenversicherung durchgesetzt hätten, auf die allgemeine Krankenversicherung anwendbar seien, z. B. die Vorschriften über den Grundlohn und die Berechnung des Beitragsverfahrens, über die Familienzuschläge zum Kranken- und Hausgeld, die Familienkrankenpflege und die Beitragsbegrenzung. Bei einzelnen Fällen seien Vorschriften über die Mindestmitgliedszahl notwendig, bei den Innungskrankenkassen für ihre Entstehung die Zustimmung des Gesellenschaftes.

Bezüglich der Invalidenversicherung wies Griese auf die bedrängte finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalten hin. Die Spannung zwischen den Einnahmen und den Ausgaben für die steigende Zahl der Rentner werde immer bedenklicher. Die bereits im September 1926 von den Versicherungsanstalten geforderte sofortige Erhöhung der Beiträge habe das Ministerium einstweilen zurückgestellt. Einer sorgfältigen Prüfung bedürften die Anträge wegen Verjüngung der Altersgrenze um fünf Jahre, wegen Gleichstellung der Invalidität mit der Berufsunfähigkeit, Gewährung von Renten auch an erwerbsfähige Witwen, Steigerungsbeträge für alte Witwen- und Waisenrenten, Erhöhung des Grundbetrages und des Reichszuschusses usw. Bei Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre entstünden 240 Millionen Mehrausgaben im Jahr. Dabei müßten aber im Laufe des Jahres schon wegen der bestehenden Leistungen die Beiträge erhöht werden. Nach dem Stande von Ende 1925 habe die Invalidenversicherung in Darlehen und Wertpapieren ein Vermögen von 200 bis 220 Millionen Mark. Ein Teil des Vermögens sei in Aktien und deshalb in der Wertverbarkeit noch gebunden. Aus den Zinsen auf Brotgetreide und Schlachtwiech habe das Reich 40 Millionen Mark für die Invalidenversicherung zu verwenden. Nach den Ermittlungen seien Arbeitgeber, die von Versicherten Beiträge erhoben, aber nicht abgeliefert hatten, stellenweise mit Gefängnis, z. B. mit sechs Wochen, bestraft worden. Die Abereinbommensentwürfe der Genfer Konferenz über Unfallversicherung im allgemeinen, Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten und die Vollberechtigung von Ausländern, die im Inlande einen Unfall erlitten hätten, seien dem Reichstag bereits vorgelegt. Dazu kommt demnach eine Denkschrift, die eingehend darstellt, was das deutsche Recht dem ausländischen Überlegen sei, sich mit ihm decke oder hinter ihm bleibe. Im allgemeinen sei die Tiefstabelle des deutschen Unfallrechts eine günstigere als die im Ausland; den deutschen Sachstellungen könne das Ausland nichts Gleichwertiges an die Seite stellen. Werde die Unfallversicherung auf viele Kleinbetriebe ausgedehnt, so sei eine Änderung im Aufbau der Unfallversicherung unvermeidlich.

Angenommen wurden vom Ausschuß schließlich einige Entschlüssen; und zwar von Luise Schröder (Soz.): Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in Abänderung der Reichsversicherungsordnung die Witwenrente analog der Angestelltenversicherung allen Witwen zugesetzt und die Bezüge der Invalidenversicherung erhöht. Die Reichsregierung wird

erfüht, einen Gesehentwurf vorzulegen, wonach das Reich für jeden Wochenfürsorgefall einen Zuschuß von 50 M. gewährt. Angenommen wurde auch ein kommunistischer Antrag, indem die Reichsregierung ersucht wird, eine Denkschrift vorzulegen über die finanzielle Lage der Sozialversicherungsträger.

Für die Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches wurden ganze 10 000 M. angefordert. Ein Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die Vorarbeiten für die Zusammenfassung sämtlicher arbeitsrechtlicher Gesetze zum Arbeitsgesetzbuch sorgfältig werden sollen. Zur Erörterung einzelner wichtiger Gesetzentwürfe, die Bestandteile des Arbeitsgesetzbuches werden sollen, müsse der bestehende engere Ausschuß durch besondere Sachverständige erweitert werden. Aus den Mitteln sollen auch Entschädigungen und sonstige Arbeiten und Erhebungen zur Vorbereitung des Arbeitsgesetzbuches vergütet werden.

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß dem Reichstag demnächst die Erledigung einer Reihe wichtiger sozialpolitischer Fragen obliegt. Die Ausführungen der Regierungsvertreter waren gegenüber den aufgetretenen Forderungen nach Erweiterung des bestehenden Rechts und Befestigung offenkundiger Mängel recht zurückhaltend. Von einer großzügigen Reform z. B. der Sozialversicherung war nichts zu vernennen, es soll weiter höchstens Flickwerk geleistet werden. Die deutschnationalen Regierungsgenossen werden sicher das ihrige tun, damit aus den Regierungstatuten keine Gesetzesvorlage herauskommen, die den tatsächlichen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entsprechen. Die Arbeiterklasse hat daher alle Ursache, die Vorgänge der nächsten Zeit aufmerksam zu verfolgen und ihren Vertretern bei den bevorstehenden parlamentarischen Kämpfen den Rücken zu stärken.

W. Lo.

Korrespondenzen

Berlin. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) In unserer Generalversammlung am 9. Januar erstattete Vorsitzender Borck einen ausführlichen Jahresbericht. Der Verein zählte am 31. Dezember 1926 590 Mitglieder. 95 Proz. aller Kollegen sind in der Sparte organisiert. Zum Schluß seiner Ausführungen bedauerte Redner, daß sich in der Dezemberversammlung parteipolitische Richtungsstreit bemerkbar gemacht habe; nicht durch Bildung von Fraktionen, sondern nur durch gewerkschaftliche Solidarität und Kollegialität sei der Verein groß und stark geworden. Den Jahresbericht, der gedruckt vorlag, gab Kassierer Wenzel. Nach eingehender mündlicher Erörterung des Berichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt; der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1926 2756,60 M. Bei den Neuwahlen zum Vorstand machten sich ebenfalls parteipolitische Bestrebungen bemerkbar. Zweiter Vorsitzender Barisch verzichtete auf eine Wiederwahl. U. a. wurden gewählt: Kollege Borck als erster Vorsitzender und Kollege Wenzel als erster Kassierer. Kollege Borck dankte dem auscheidenden Kollegen Barisch für seine 17jährige selbstlose Vereinstätigkeit und forderte zur Einigkeit und Geschlossenheit auf. Mit Erledigung einiger interner Sachen und einer Aufforderung zum Besuch des heimischen Museums fand die bewegte Verlaufene, von 289 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Wilmshersdorf (i. Sa.). Am 29. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Den vorzüglichsten Ausgearbeiteten Jahresbericht gab Vorsitzender Noth. Die Mitgliederabstimmung über den Jahresbericht ergab, daß die Kritik nach Erstattung seines Berichts Entlastung erteilt war, kam der Bericht der Lehrstabsabteilung zum Vortrag; erfreulicherweise geht es auch hier vorwärts. Wiedergewählt wurden der erste Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und die Kartellbegleiter, neugewählt der zweite Vorsitzende, der Lehrstabsleiter, Archivar und die Revisoren. Ein vom Vorstand ausgearbeitetes, sehr reichhaltiges Jahresprogramm lag gedruckt vor. Scharf debattiert wurde noch über den eben beflaggten Sachverhalt. Schiedsspruch zu den Lohnverhandlungen.

Borna. Unsere gutbesuchte Hauptversammlung fand am 15. Januar statt. Rechenschaft legten Vorsitzender Paul Roggenbuck und Kassierer Martin Helzigel über die Vereinstätigkeit und die Kasse ab. Der Mittelabend betrug am 1. Januar 1926: 64, 1927: 66. Beide Berichte gaben keinen Anlaß zu Beanstandungen. Ihren Dank

gab die Versammlung den beiden bewährten Führern durch einstimmige Wiedergewählung zu erkennen. Eine rege Aussprache zeitigte die Feier des 25jährigen Stiftungsfestes am 28. und 27. März d. J. Mit Freude und Dank wurde die Zusage auf Mitwirkung des Kollegenvereins „Gutenberg“ (Leipzig) aufgenommen. Es wird dadurch ein Fest zustande kommen, wie es wohl selten ein Provinzortverein begehen kann. Alle Kollegen, die jemals in Borna gemint haben, werden herzlich zur Teilnahme eingeladen und um Angabe ihrer Adressen gebeten. Aus Anlaß des Festes war ein Wettbewerb zur Erlangung einer Einladungskarte ausgeschrieben worden; 11 Entwürfe waren eingegangen. Der Ortsgruppe Leipzig des Bildungsverbandes, die dieselben gewertet hat, sei auch an dieser Stelle gedankt. Schließlich wurden noch die Wahlen für den Lehrlingsauschluß getätigt und der Bericht über den Stand der Bibliothek entgegengenommen.

Dresden. Ammersee (Obb.). Unsere Generalversammlung am 16. Januar wies einen guten Besuch auf. Vorsitzender Martin Rauch begrüßte alle Erschienenen, namentlich die neu zugereisten Kollegen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, der von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Die Vorstandskasse wurde, bis auf den Kassenbestand, wiedergewählt; nummehriger Vorsitzender ist Kollege Karl Knab. Auf Antrag wurde von der Versammlung die Abberufung des Betrages von 20 M. an die Witwe unfers verstorbenen früheren Vorsitzenden Boroch einstimmig genehmigt. Wie im vergangenen Jahre, so soll auch heuer an Stelle des Johannistages wieder ein schöner Familienausflug unternommen werden. Geplant ist ein Besuch der Zinsbruder Kollegenstube.

Dortmund. (Handseher.) Einen guten Anlauf im neuen Jahr gab die Generalversammlung der hiesigen Handsehervereine am 30. Januar. Vorsitzender Köhler gab einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; man konnte hieraus ersehen, daß die Vereinigung gut gearbeitet hatte. Die Kassenverhältnisse kann man als erfreulich bezeichnen, und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde durch Zutritt wiedergewählt. Gleichzeitig mit dieser Versammlung war auch eine interessante Druckausstellung von der Ortsgruppe des Bildungsverbandes verbunden, in der der Vorsitzende des Kreises Essen, Kollege Lefter, ein vorzügliches Referat hielt. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß auch die Kollegen dazu erschienen wären, denen diese Anregungen in erster Linie von Vorteil gewesen wären. Auch die Büchergilde hatte ihre Ergebnisse ausgestellt und man konnte aus den Bemerkungen hören, daß die Bilder in ihren prächtigen Einbänden eine gute Aufnahme fanden. Zu wünschen wäre, daß die Büchergilde bei sämtlichen Druckausstellungen vertreten wäre, das wäre eine nicht zu unterschätzende Refame für diese.

Dresden. (Korrektoren.) Unsere Hauptversammlung am 30. Januar erfreute sich eines starken Besuches. Aus dem Gau waren vertreten die Orte Neugersdorf, Babau, Wilsdruff, Freiberg, Wurzen, Zittau, Meichen und Birna. Nach Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern erstattete Vorsitzender Sackmann den Jahresbericht. Die Vereinigung verfolgte im vergangenen Jahre unbeeinträchtigt die gesteckten Ziele weiter. Vor allem versuchte der Vorstand, die Kollegen mit gewerkschaftlichem Geiste zu erfüllen, zur besseren Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenstehens in der Sparte. Hierbei wurde er verhältnismäßig von Gauvorfahrt unterstützt; ebenso förderte die gute Zusammenarbeit zwischen den Sparten das Ganze. Aber auch auf dem Fortbildungsgebiete wurde eifrig gearbeitet. Der Mitgliederstand sankte infolge des Abtritts von Görlich nach Gau Schleissen um etwas, ist aber durch Neuaufnahmen beinahe wieder ausgeglichen. In mühevoller Kleinarbeit wird eine Drucker nach der anderen erobert, und neue Stellen werden geschaffen. Die Prinzipale erkennen immer mehr den Wert eines vollwertigen Korrektors. Der Kassierer erstattete einen erfreulichen Bericht. Nach Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmige Neuwahl des alten Vorstandes. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß die Versammlung in voller Übereinstimmung. Nun geht es tatkräftig weiter, die erste Etappe soll den Mitteldeutschen Korrektorentag in Dessau bilden.

Dresden. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Unsere Hauptversammlung am 16. Januar war gut besucht. Der Vorsitzende erstattete einen umfassenden, anschaulichen Bericht über das vergangene Jahr, der von der Versammlung in allen Teilen gutgeheißen wurde. In eingehender Weise schiederte darauf der Kassierer die Kassenverhältnisse des Jahres. Es wurde ihm

einstimmig Entlastung erteilt. Der Beitrag wurde in seiner bisherigen Höhe beibehalten. Auch wurde der Vorstand in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Unter „Technischen und Bescheidenem“ kam ganz besonders, infolge des Kassenberichts Nr. 20 der Zentralkommission, der Kräfteparagraf zur Erörterung. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, einen diesbezüglichen Antrag an die Zentralkommission zur Weiterleitung einzureichen, um eine völlige Klärung herbeizuführen.

Gumbinnen. Am 22. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, zu der die Kollegen vollständig erschienen waren. Der Vorsitzende gab zunächst einen Überblick über das vergangene Jahr; aus welchem hervorging, daß es auf allen Gebieten (Organisation, Gewerkschaft, Bildung usw.) wenigstens einige Schritte vorwärts gegangen ist. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer mit lagenden Augen. Hat er doch, wie immer bisher, mit einem erheblichen Überschuß abgeschlossen. Die Zusammenfassung des Vorstandes ergab dessen Wiedergewählung. Die Bestätigung des Ergebnisses der Lohnverhandlungen löste große Anzueidenheit unter den Kollegen aus. Der Vorwurf, die Lohnforderung gehe nur von unsern Organisationsvertretern aus, wurde entschieden abgewiesen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils ging man zum gemühtlichen Teil über.

Hamburg. (Maschinenseher.) Zu unserer Generalversammlung am 16. Januar war diesmal die Kollegenstube von nah und fern fast vollständig erschienen. Mit sichtlicher Freude dankte Vorsitzender Kato den Kollegen für den imponierenden Besuch. Er teilte u. a. mit, daß Mitte August dieses Jahres ein Norddeutscher Maschinenseherkongress verbunden mit unserer Wanderversammlung in Lübeck-Schwartau, stattfinden. Dann gab der Vorsitzende einige kurze Erläuterungen zum gedruckten vorliegenden Jahresbericht und hob hervor, daß im verlaufenen Jahr die hohe Krankenziffer unter den Kollegen besonders auffällig, das sei wohl in der Hauptsache auf das übertriebene Abendessen zurückzuführen; auch hörte man öfter Klagen, daß einige Kollegen betreffs ihrer Leistungen gar keine Grenzen mehr kennen. Beide Abstände müssen so rasch wie möglich unbedingt ausgemergelt werden. Hierauf setzte eine rege Aussprache ein, die aber nicht dem Jahresbericht, sondern unsern abgelehnten Lohnforderungen galt. Tiefe Verberührung war der Unterart sämtlicher Diskussionsredner. Zum Kassenbericht gab Kollege Gantzer einige Erläuterungen; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Beim Punkt „Vorstandswahl“ blieben vier leitende Vorstandsmitglieder in ihrem Amt. Der Posten des zweiten Vorsitzenden wurde neu besetzt. Unser Monatsbeitrag wurde von 50 auf 80 Pf. ab 1. Februar erhöht. Neun Kollegen wurden neu, ein Kollege wiederaufgenommen.

Karlsruhe. (Maschinenseher.) Die diesjährige Generalversammlung unserer Bezirksvereine war von Spartenkollegen aus allen Druckorten des Bezirks sehr gut besucht. Vorsitzender Preßler gab nach Begrüßungsworten, in die er ganz besonders die Kollegen der Druckorte Bielefeld und Aachen, die seit 1. Januar dem Bezirk Karlsruhe zugezählt sind, einschloß, die Tagesordnung bekannt, die gutgeheißen wurde. Die Versammlung beschäftigte sich eingehend mit den in Aussicht genommenen Einigungsverhandlungen zwischen den Bezirken Freiburg und Karlsruhe und gab ihre Zustimmung zu den unternommenen Schritten des Vorstandes in dieser Angelegenheit. Da auch dieses Jahr der Jahresbericht gedruckt vorlag, konnte sich der Vorsitzende auf einige Erläuterungen beschränken. Da auch der Kassenbericht in musterfälliger Weise im gedruckten Bericht Aufnahme gefunden hatte, konnte sich der Kassierer Pfiffner mit einigen ergänzenden Ausführungen begnügen. Die Versammlung statete durch einstimmige Entlastung dem Kassierer den Dank ab. Nachdem aus der Mitte der Versammlung dem Vorstand für seine Tätigkeit Anerkennung gezollt worden war, konnte zu dessen Neuwahl geschritten werden. Das Ergebnis war die einstimmige Wiedergewählung des leitenden Vorstandes. In die Technische Kommission wurden zwei Kollegen neu hinzugewählt. Eine rege Aussprache zeitigte die Beantwortung einiger von Kollegen Kerschbach aufgeworfenen technischen Fragen, die die Aufmerksamkeit der Kollegen bis zum Schluß wach hielt.

Wilmshersdorf (i. Sa.). Am 30. Januar fand in Essen die Hauptversammlung unserer Gauvereine, verbunden mit 20jähriger Gründungsfest, statt. Nach zwei wohlgelungenen Clären der „Typographia“ (Essen) eröffnete Vorsitzender Scheyer mit einem kurzen Willkommen

Aber Schwedens Druckindustrie

Man jeder sehen wir in Schweden ein Land, dessen graphische Industrie hochentwickelt ist. Wenn letztere in bezug auf die Anzahl der Unternehmungen nicht mit an erster Stelle unter den Kulturstaaten steht, so muß trotzdem das graphische Gewerbe in Schweden ohne Einschränkung auf Grund seiner Leistungen als musterfälliger bezeichnet werden. Nach einer solchen veröffentlichten Statistik wurden 486 Buchdruckereien gezählt, die über 8000 Arbeiter beschäftigen, wobei das Kontorpersonal, Faktoren, Meister und sonstige Vorarbeiter nicht mitgezählt sind. In diesen Zahlen sind die Kleindruckereien (rund 500 Betriebe) nicht mitenthalten. Da letztere unter die schwedische Handwerkerstatistik gehören, werden sie von der Industriezählung nicht mit erfasst. Als Kleindruckerei gelten alle Unternehmungen, die weniger als fünf Personen beschäftigen. Mit den rund 10 000 Arbeitern und etwa 6500 PS mechanischer Kraft ist der Herstellungswert auf über 110 Millionen Kronen veranschlagt. Der Arbeitserfolg wird für Buch- und Abzählendruck auf über 42 Millionen und für Zeitungsdruck auf rund 58 Millionen Kronen geschätzt. Fast die Hälfte der gesamten schwedischen Druckindustrie ist in Stockholm anlässlich. Von den rund 10 000 Druckern arbeiten in ganz Schweden rund etwa 60 Proz. in der Landeshauptstadt beschäftigt. In Stockholm sind

109 Druckereien mit 1444 Abzählern, 1203 Schnell-, 497 Hand- oder Druck- und 138 Notationspressen im Betrieb. Seit 1916 ist festgestellt, daß die „Größe“ der Stockholmer Druckbetriebe zurückgeht. Während die durchschnittliche Anzahl der in den Provinzdruckereien beschäftigten Arbeiter noch immer 20,4 beträgt, ist die Durchschnittszahl für das Stockholmer Buchdruckgewerbe von 43 auf 30,8 gefallen.

Wenn auch ausländische Druck Konkurrenz keine große Schätzung für das schwedische graphische Gewerbe bedeutet, so wird trotzdem die Tätigkeit ausländischer Buchdruckereien als lästig empfunden. Das Ausland liefert z. B. im Jahre 1925 119 262 Kilogramm Druckschriften in schwedischer Sprache im Werte von über 4 Millionen Kronen. Diese außerhalb Schwedens hergestellten Druckarbeiten betragen rund 3 Proz. der gesamten Buchproduktion des Landes. Die größte Menge der im Ausland hergestellten schwedischen Werke liefert Finnland, das durch seine starke schwedischsprechende Bevölkerung enge kulturelle und literarische Verbindung mit Schweden hat. Außerdem kommen den finnischen Druckern noch die billigeren Papierpreise und die niedrigen Arbeitslöhne zu Hilfe. Wenn deutsche Firmen für Rechnung schwedischer Verleger arbeiten, so dürfen in der Hauptsache wirtschaftliche Gründe dafür maßgebend sein. Sind doch die Buchdruckereien z. B. in Berlin oder Leipzig führend in der billigen Herstellung

größerer Auflagen trotz der Löhne, die weit über Finnlands Druckarbeiterlöhne liegen. Aus Finnland wurden 1925 104 598 Kilogramm schwedischer Bücher im Werte von nicht ganz 700 000 Kronen eingeführt. Deutschland steht mit 6718 Kilogramm im Werte von rund 50 000 Kronen hierbei an zweiter Stelle. Die Einfuhr aus den übrigen Ländern bleibt dagegen weit hinter diesen Zahlen zurück. Nur Dänemark ist mit 3434 Kilogramm und etwa 25 000 schwedischen Kronen bemerkenswert. Von den in nichtschwedischer Sprache abgesetzten Büchern, die nach Schweden z. B. im Jahre 1925 gingen, lieferte Deutschland über 76 000 Kilogramm im Gesamtwert von 460 000 Kronen, während Dänemark etwa 20 000 Kilogramm fremdsprachlicher Werke für etwa 170 000 schwedische Kronen einfuhrte. Die gesamte Einfuhr von ausländischen Druckschriften bezifferte sich für 1925 auf 313 226 Kilogramm im Werte von fast zwei Millionen Kronen.

Die schwedische Maschinenfabrikation für das graphische Gewerbe ist nur unbedeutend entwickelt. Wenn auch die Einfuhr graphischer Maschinen noch immer sehr stark ist, so ist dennoch eine ganze Reihe renommierter Spezialmaschinenfabriken in Schweden vorhanden, deren Erzeugnisse Welttruf genießen. Auch die Schriftgießerei steht in Schweden auf hoher Stufe. Auf Grund alter Urkunden läßt sich nachweisen, daß bereits im 1600 von schwedischen Buchdruckern die Schriftgießerei ausgeübt wurde, z. B. Peter

gruß die zahlreich besuchte Versammlung. Als Gäste weilten Gauvorsteher Vertram (Köln), Kollege Göhring vom Essener Bezirk sowie Kollege Fleuß von der Druckerpartei unter uns. Diese wünschten der Tagung guten Verlauf. Unter „Geschäftlichem“ gab Kollege Z i h e r von verschiedenen Eingängen Kenntnis. Aufgenommen wurden elf Kollegen, während zwei wegen Reisen ausgeschlossen wurden. Einer Anregung des Kollegen K n ö f f e r (Erfeld), daß neu aufzunehmende Mitglieder in der Versammlung anzuweisen sein müssen, soll in Zukunft entprochen werden. Wegen des Jahresbericht wurde keine Besanndung laut. Eine längere Debatte rief der Kasienbericht hervor. Schlechtes Ableben der Beiträge sowie das Restantenunwesen bleiben immer noch ein Schmerzenskind. Die zur Beratung stehenden Anträge riefen eine längere Diskussion hervor. Ein Antrag Esen: „Kollegen, die aus der Sparte ausgeschlossen werden und in einen andern Gau übertreten, sollen in Zukunft im Mitteilungsblatt „Bei und Kupfer“ veröffentlicht werden, damit die betreffenden Kollegen bei Aufnahmegelegenheit in andern Gauen ihren statutarischen Pflichten nachkommen müssen“, fand einstimmig Annahme. Ein Antrag Esen, einen Vortrag über Bernidele und Beständen von Bleiplatten in Broschürenform auf Kosten des Gaues herauszugeben, wurde zur weiteren Prüfung der Technischen Kommission übergeben und beschlossen, den Vortrag, falls dieser als für uns wertvoll genug befunden wird, der Zentralkommission zur Verfügung zu stellen. Vorstand und Technische Kommission wurden durch Zufall einstimmig wiedergewählt. Als nächster Versammlungsort wurde Bad gewählt. Zum Schluß hat Druckerkollege F l e u ß, ein Augenmerk auf Überstundenhieber und Maschinenbedienung zu richten im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen.

— War der Vormittag der Arbeit gewidmet, so hielt der Nachmittag bei einer kleinen Feier die Kollegen noch lange zusammen. Zur Mitwirkung waren der Gesangsverein „Typographia“ (Esen), das Männerquartett „Beethoven“ sowie das Volksochester gewonnen. Die Festrede hielt Gauvorsteher B e r t r a m. Von der Eröffnung der Sparte ausgehend, schilderte er kurz deren Entwicklung. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte schloß die mit großem Beifall ausgenommene Rede. Im zweiten Teil folgte die Ehrgung der Subläre unfres Gaues. Außer dem früheren Vorsitzenden der Gauvereinigung, Kollegen C l a s e n, der durch Überreichung eines künstlerisch hergestellten Diploms geehrt wurde, konnte der jetzige Vorsitzende Kollege Z i h e r noch weiterer 22 Kollegen ehrend gedenken. Nach Bekanntgabe der in großer Zahl und aus fast allen Gauen von den Brudervereinen und den übrigen Sparten sowie von der Zentralkommission eingegangenen Glückwünsche und Telegramme hielt Kollege Z i h e r einen Rückblick auf den Werdegang der Sparte. 23 Kollegen waren es, die vor 20 Jahren in Esen den Gau gründeten. Heute zählt die Sparte 200 Mitglieder. Kollege C l a s e n dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrgung und gedachte auch der Kollegen Grafmann und Albrecht, die ebenfalls viel im Interesse unfres Sparte geleistet haben. Zum Schluß erfreute uns nochmals „Typographia“ sowie Männerquartett „Beethoven“ mit gelunglichen Darbietungen. Ein Tanzergnügen, gewürzt mit humoristischen Einlagen des „Beethoven-Quartetts“, hielt die Teilnehmer noch lange fröhlich beisammen. Allen, die zur Verschönerung des Festes beigetragen, unsern besten Dank.

Köln (Anh.). Am 29. Januar fand unfre G e n e r a l v e r s a m l u n g statt; ihr Besuch war wenig erfreulich. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes war u. a. ersichtlich, daß die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1926, am Schluß 1-2 betrug. An durchreisenden Kollegen hatten wir in diesem Jahre eine stattliche Zahl von 218, wofür wir 343 M. vorausgaben. Um den Versammlungsbuch zu haben, sollen in diesem Jahre hin und wieder Vorträge gehalten werden. Die Wahlen des Gesamtvorstandes wurden schnell erledigt, da diese auf Antrag en bloc vorgenommen wurden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder (außer dem Schriftführer) einschließlich des Lehrstuhlsleiters und Kartelldelegierten, nahmen ihre Posten wieder an.

Magdeburg. (Maschinenseker.) Unfre Ortsgruppe hielt am 30. Januar ihre G e n e r a l v e r s a m l u n g ab. Der Besuch war außerordentlich. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden L i c h t e n b e r g gab dieser unter „Geschäftlichem Mitteilungen“ eine Anregung der Korrespondentenvereinigung zwecks einer gemeinsamen Versammlung bekannt. Einer solchen wurde zugestimmt. Sodann wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet, der ohne Widerspruch entgegen-

genommen wurde. Der Vorstand bleibt in seiner alten Zusammensetzung bestehen. In die Technische Kommission wurden fünf Kollegen gewählt. Hierauf stand ein Antrag des Vorstandes: Gründung einer Ortsklasse mit 10 wöchentlichem Beitrag, zur Debatte. Nach eingehender Begründung und Befürwortung durch Kollegen L i c h t e n b e r g und lebhafter Unterstützung des Kollegen W i n t e r fand der Antrag fast einstimmig Annahme. Die gewonnenen Gelder sollen zur Förderung der Kollegialität und Unterstützung von Wandervereinigungen dienen. Als Ort einer der nächsten folgenden Versammlung wurde Stendal in Aussicht genommen. Unter dem Punkte „Tarifliches“ wurden die Anträge der Zentralkommission besprochen. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: „Technisches“, legte Kollege H e h die Bestimmungen der Technischen Kommission dar und führte u. a. aus, daß auch die Kollegen dafür Sorge tragen möchten, daß die Technische Kommission ihre Daseinsberechtigung habe. Zum Schluß machte Kollege W i n t e r Ausführungen über das im September stattfindende 25. Stiftungsfest der Gauvereinigung.

Mainz. (Drucker.) Vierteljahrsbericht.) Im letzten Quartal des Jahres 1926 veranstalteten wir zwei Versammlungen, in denen dem Punkt „Technisches“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Hervorgehoben wurde das Normalisierungsbestreben der Maschinenfabriken sowie der Serienbau der Schnellpressen. Eine Neuierung für unfre Kollegen bedeutete die Frage: Eignet sich das Gummituch für den Druck von Holzjungen? Wie aus der ausgiebigen Diskussion zu ersehen war, bietet das Gummituch für den oben angeführten Druck viele Vorteile für den Drucker, und allseitig wurde anerkannt, wie notwendig es für die Kollegen ist, die Versammlungen ihrer Sparte pünktlich zu besuchen, um ihre technischen Erfahrungen auszutauschen, und so ihre Arbeitsweise zu erleichtern. In Anbetracht dieser Tatsachen geisterte der Vorsitzende die sträfliche Interesslosigkeit vieler Kollegen.

Mannheim. (Maschinenseker.) Am 23. Januar fand hier die G e n e r a l v e r s a m l u n g der Mittelrheinischen Maschinensekervereinigung statt. Die Delegierten aus den einzelnen Bezirken des Gaues waren vollständig erschienen. Gauvorsteher C o n r a d i, Bezirksvorsitzender H r i g, Kollege S i d i n g e r als Vertreter des Druckerkreises und Kollege G i l l m a n n als Vertreter der Stereotypere wohnten der Tagung bei und sprachen zu Beginn begrüßende Worte. Das Ableben einiger Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten erstattete Vorsitzender D u n k e l (Mannheim) den Bericht über den Stand der Organisation im Gau und in den Bezirken. Er behandelte die wichtigsten Vorkommnisse innerhalb der Sparte, berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes, der am 9. November 1924 gewählt wurde, und die Zusammenarbeit mit den einzelnen Bezirksvereinen der Sparte. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahre von 366 auf 400. Im Jahre 1928 soll in Verbindung mit dem 25jährigen Jubiläum für den gesamten Gau eine allgemeine Mitgliederversammlung abgehalten werden. Kollege D u n k e l gab am Schluß seines Berichtes noch einen Überblick über die allgemeine Situation in der Sparte und im Verband. Kassierer L a n n e r t erstattete den Kasienbericht. In letzter Zeit haben sich die Kasienverhältnisse gut entwickelt; Kasienstand am 31. Dezember 1926: 1650,79 M. (im Vorjahre 1033,94 M.). Einkünfte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die anschließende Diskussion nach beiden Berichten ließ den Wunsch erkennen, daß für die Zukunft eine regere Zusammenarbeit innerhalb der Sparte im Gau Mittelrhein angestrebt werden muß, was bei tätiger Mitarbeit und Unterstützung der Funktionäre auch möglich ist. Die Delegierten berichteten, wie schwer es ist, bei der weiten Verbreitung unfres Gaues die Kollegen aus den entfernteren kleineren Orten an Versammlungen der Sparte zu interessieren. Die Frage des Ankommens an den Sechsmaschinen wurde eingehend besprochen. Beschlissen wurde hierauf, den Gaubetrag von 40 Pf. trotz Erhöhung der Beiträge für die Zentralkommission beizubehalten. Kollege D u n k e l legt infolge Arbeitsüberlastung das Amt als Vorsitzender der Gauvereinigung nieder. Kollege P r e i s i n g (Ludwigshafen) wurde hierauf einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er nahm die Wahl an und erbat sich regere Unterstützung. Die Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung bleibt dem Vorstand überlassen. — Nach einer Mittagspause hielt Gauvorsteher C o n r a d i einen Vortrag über „Die tarifliche Lage und der Stand der Lohnverhandlungen“. Seine interessantesten Ausführungen über dieses aktuelle Thema fanden die größte Aufmerksamkeit der Versammlung. Die nachdem folgenden Statuten-

beratungen nahmen längere Zeit in Anspruch. 1912 erfolgte die letzte Drudlegung. Nach dem neuen Statut erfolgt die Einteilung in Bezirke in gleicher Weise wie im Gaustatut. Dieser Beschluß erfolgte mit großer Mehrheit. Neue Bezirksvereine in der Sparte sind demnach Ludwigshafen und Worms mit den Orten an der Bergstraße. Die Versammlung hielt diese Neueinteilung im Interesse einer einheitlichen Organisation für notwendig und es wurde gewünscht, daß die Maschinensekerkollegen in diesen Bezirken regen Anteil an der Spartenorganisation nehmen. Nach dem neuen Statut hat die Generalversammlung jeweils vor dem Spartenkongress stattzufinden. Die neun Bezirke des Gaues werden in drei Gruppen eingeteilt, in denen jährlich je eine Wanderversammlung abgehalten wird. Im übrigen wurden die Bestimmungen im Statut den veränderten Verhältnissen gegenüber der letzten Drudlegung angepaßt. Unter „Verschiedenem“ kamen noch einige Anregungen und Wünsche zur Ausprache.

München. (Schriftgießer, Stereotypere, Galvanoplastiker.) Am 23. Januar hielt der Fachverein seine G e n e r a l v e r s a m l u n g ab, zu welcher die Kollegen des Ortes und Gaues sehr zahlreich erschienen waren. Neu aufgenommen wurden zwei Kollegen. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende ein Schreiben der Zentralkommission bekannt. Der Kasienbericht ergab den gleichen günstigen Kasienstand wie im Vorjahre. Im Vorstandsbericht gab Vorsitzender S t e i n e r einen Überblick über die Vereinsstätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahr, das als ein sehr arbeitsreiches zu bezeichnen war. Die Remunerationen und Sitzungsgelder blieben die gleichen wie im Vorjahre. Die Neuwahl nahm einen großen Teil der Versammlung in Anspruch, da sich unser sehr bewährter Vorsitzender Kollege S t e t n e r trotz aller Veruche nicht mehr bewegen ließ, dieses Amt wieder zu übernehmen. (Kollege B ü h l e r, der an seiner Stelle zum Vorsitzenden gewählt wurde, hat nachträglich aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Die Eraywahl bleibt der nächsten Versammlung überlassen. Kollege S t e t n e r führt bis dahin die Geschäfte weiter.) Die übrige Vorstandswahl ergab keine nennenswerten Veränderungen. Zum Schluß erstattete der Vorsitzende, jetzt schon für das in diesem Jahre stattfindende 30jährige Stiftungsfest zu rufen. Es sei noch an dieser Stelle dem Kollegen S t e t n e r wärmer Dank ausgesprochen für seine musterzügliche Geschäftsführung während seiner Amtszeit.

Münsterberg. Die Buchdruckerzuschußklasse für Krankheit, Invalidität und Sterbefall hielt am 30. Januar ihre o r d e n t l i c h e M i t g l i e d e r v e r s a m l u n g ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen. Der hierauf erstattete Kasienbericht wurde als günstig bezeichnet. Die bisherige Verwaltung wurde wiedergewählt bis auf eine Zulagezahl für einen ausgetretenen Kollegen. Auf Antrag der Vorstandschaft wird § 3 der Satzung geändert. Unter Bezugnahme auf die in Nr. 94 und 97 im vergangenen Jahre im „Korr.“ erschienenen Artikel „Zuschußklassenwesen“ und Zusammenlegen der Zuschußklassen?, war vom Kollegen K n o l l folgender Antrag eingebracht worden: „Die Buchdruckerzuschußklasse nimmt die Verhandlungen mit den Zuschußklassen des Verbandes oder ähnlichen Kasien der Buchdrucker auf zwecks Zusammenflusses zu einem größeren, leistungsfähigeren Ganzen.“ Dieser Antrag nebst nachfolgendem Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen: „Die Vorstandschaft der Buchdruckerzuschußklasse wird beauftragt, mit dem Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ins Benehmen zu treten, daß dieser das Weitere betrefss Zusammenflusses aller in Deutschland bestehenden Zuschuß- und ähnlichen Kasien in die Wege leitet.“

Oppaden. (Bezirk Köln.) Unfre G e n e r a l v e r s a m l u n g fand am 23. Januar statt. Nach Erledigung einiger Mitteilungen geschäftlicher Natur schritt man zur Aussprache über den Jahresbericht, der gedruckt vorlag. Hervorgehoben ist aus demselben, daß die Mitgliederzahl infolge der schlechten Lage von 64 auf 49 herunterging, ferner fast ein Viertel der Mitglieder verkränkt arbeiteten. Trotzdem unterstützte die kleine Zahl ihre durchreisenden Kollegen, die in der Berichtszeit in einer Stärke von 380 unfre Kasie mit der Summe von 380 M. belastete. Im letzten Viertel des Jahres schritten wir zur Gründung einer Ortsgruppe des Bildungsverbandes. Der Kasienbericht, der ebenfalls im Druck vorlag, zeigte einen Kasienbestand von 106 M. Die Neuwahl des Vorstandes ging schnell vonstatten. Dem alten Vorstand sprach man einstimmig das Vertrauen aus und wählte ihn für ein weiteres Jahr.

van Jelow. Ende des 17. Jahrhunderts war der erste Buchdrucker Schwedens, der Schriftproben herausgab, Henrik Keyser II. Als ältestes Buch, das von in Schweden hergestellten Lettern gedruckt wurde, gibt die Mitte des 18. Jahrhunderts in Stockholm erschienene und in schwedischer Sprache abgefaßte Geschichte Karls XII. von Peter Momma. Momma wird das Verdienst zugeschrieben, die Schriftgießerei und das Typenschneden zu einem selbständigen Gewerbe in Schweden entwickelt zu haben. Um 1740 richtete er eine Schriftgießerei ein, die nicht nur für eigenen Bedarf, sondern auch für fremde Rechnung mit Erfolg arbeitete. Von dem Buchdrucker J. P. Winth in Stockholm wissen wir, daß er 1817 aus Kopenhagen Matrizen einfuhrte und eine großartig betriebene Schriftgießerei unterhielt. Wenige Jahre später entstand in Stockholm eine andre Schriftgießerei, die Lars Johann Hierta gründete, um seinen Bedarf für den Druck seiner Zeitung „Åttontabladet“ zu decken. Sowohl das Lindische wie auch das Hiertische Unternehmen sind jetzt in dem Großbetrieb P. J. Norstedt & Söhne vereinigt. Als größte Schriftgießerei nicht nur Schwedens, sondern ganz Skandinavien gilt die aus der Universitätsdruckerei von Johann Fr. Werling in Lund hervorgegangene Aktiengesellschaft. Die Schriftgießerei von Erik Pettersson wurde 1889 in Stockholm errichtet und beschließt den Reigen in der höchentwickelten Schriftgießerei in Schweden. Die 1907 gegründete Aktiengesellschaft Princips

in Golenburg ist durch die Fabrikation von Druckpressen, den sogenannten Lagerman-Pressen, bekannt geworden. Die erste Presse dieser Art wurde von dem Finköpinger Erfinder Alexander Lagerman als Ziegelpresse mit automatischem Aus- und Anleger konstruiert. Seit einiger Zeit stellt die A.-B. Princips auch Formwalzenrollen her, die wie die Lagerman-Pressen ebenfalls auf dem Weltmarkt guten Absatz gefunden haben. Alfred Sandersons Miniernmaschinenfabrik in Finköpping hat seit mehr als dreißig Jahren eine führende Rolle in der Herstellung von Maschinen für das graphische Gewerbe inne. Der Gründer der Firma arbeitete sich vom Buchbindereihelching zu einem der bedeutendsten Großindustriellen Schwedens empor.

Nach dem Bericht des schwedischen Handelsamtes ist Deutschland an der Einfuhr von graphischen Erzeugnissen in Schweden stark beteiligt. 67,5 Proz. aller nach Schweden eingeführten Druckpressen kommen aus Deutschland, und zwar Ziegelpressen (80 Proz.), Rotationspressen (75 Proz.), Lithographische Pressen (70 Proz.) und Schnellpressen (40 Proz.). Von dem gesamten Import von Schriftgießerei- und Sechsmaschinen entfallen 37 Proz. auf die deutsche graphische Industrie, während z. B. der Anteil der Vereinigten Staaten von Nordamerika 59 Proz. beträgt. Von den von Ausland bezogenen Typen und Messinglinien lieferte Deutschland 80 Proz. bzw. 97 Proz., während 58 Proz. der schwedischen Einfuhr an Buch-, Stein- und Kupferdruck-

platten deutschen Ursprungs sind. In der Belieferung von Wagenmasse wird die deutsche Industrie, deren Anteil hieran 37 Proz. beträgt, von Großbritannien (41,5 Proz.) überflügelt. Besonders lebhaft ist der Absatzbezug aus Dänemark. Über 50 Proz. der vom Ausland eingeführten Mengen liefert dies Land, während die deutschen Firmen hierbei kaum den vierten Teil des schwedischen Imports bestreiten.

Die Buchdrucker der nordischen Länder, Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark, sind in dem 1918 in Kopenhagen gegründeten Nordiska Boktryckerarett vereinigt. Dieser nordische Buchdrucker tritt jährlich abwechselnd in einem der obengenannten vier Länder zusammen. Das Vereinsorgan für Schweden ist seit Oktober 1924 „Svensta Boktryckerarettens Meddelanden“. Der nordische Buchdrucker erstrebt u. a. nach deutschen Muster die Einführung gleichartiger Lieferungsbedingungen in den skandinavischen Ländern. Für die Fortbildung des jungen Nachwuchses ist seit langem gut gesorgt. So kann z. B. die Fachschule für die Buchindustrie in Golenburg am 1. Mai d. J. auf ihr 20. Arbeitsjahr zurückblicken. Sie bildet im Selen und Druden sowie im lithographischen Maschinen- und Überdruck aus. Außerdem erteilt sie Unterricht in der Chemigraphie und in der Kunstbinderei.

Demnächst gedenken schwedische Buchdrucker eine Studienreise durch Deutschland zu machen. D e n r o.

Reichsbund - Langenbiefau. Unser Generalversammlung fand am 29. Januar in Langenbiefau statt. Zahlreich waren die Mitglieder dazu erschienen. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Nachdem der Kassen- und Jahresbericht gegeben worden war, wurde das Ortsgebiet für durchreisende Kollegen neu festgelegt. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf 20 Pf. wöchentlich erhöht. Die nun folgende Vorstandswahl wurde vom Senior des Ortsvereins, Kollegen Böke, geleitet und sie ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Unter dem Punkt "Tarifliches" wurde über die örtlichen Verhältnisse gesprochen.

Swinemünde. Unser Ortsverein wählte in seiner gutbesetzten Generalversammlung am 22. Januar zunächst seinen Vorstand; es veränderte sich nur der Name des Vorstehenden; an Stelle des Kollegen Brühl, der nach vierjähriger Tätigkeit die Wiederwahl ablehnte, trat Kollege Lorenz. Dem Jahres- und Kassenbericht war u. a. zu entnehmen, daß unser Ortsverein im Jahresablauf 28 Mitglieder zählte. Dem Bildungsverband gehören nach wie vor sämtliche Kollegen an. Selbstverständlich ist der Ortsverein auch dem Gewerkschaftsrat angeschlossen und nimmt an der allgemeinen Arbeiterbewegung regen Anteil. Als nachahmenswertes Beispiel noch ein schon vor Jahren gefaßter Beschluß Erwähnung finden, durch den sich die Kollegen freiwillig einen kleinen Extrabeitrag auferlegten, um der alten, kranklichen, sich in großer Not befindlichen Frau eines verstorbenen Kollegen mit Hilfe eines Beitrages der Firma Frische wöchentlich eine Wirtschaftsbeihilfe von 5 M. überweisen zu können. An durchreisende Kollegen wurden insgesamt 68 M. ausgezahlt, an die arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsbeihilfe von je 15 M. Eine eigenartige Erscheinung sei noch erwähnt: Schon wieder hat ein "Schwager", bereits der fünfte am Orte, eine "Buchdrucker" eröffnet und ist mit seinen beiden Buchbindereinigungen bemüht, die Geschäftstätigkeit unseres "Wettbades" mit billigen Druckarbeiten zu verjagen — zum Schaden des Gewerbes. Leider finden diese "Buchdruckergründungen" sogar durch die Behörden Unterstützung, indem man ihnen Druckaufträge gibt. Dieser lächerliche Zustand, wie auch die Ausnutzung der Beurlaubungsfrist bis zum letzten, erfordern die Aufmerksamkeit der Kollegen. Zum Schluß beschloß sich die Versammlung noch mit der Zugangsperre der Großstadt, machte sich die diesbezügliche Entschließung von Neubamm zu eigen und beschloß, in einem Schreiben an den Verbandsvorstand die Forderung nach Aufhebung der Zugangsperre zu unterstreichen.

Allgemeine Rundschau

Von den Tarifberatungen. Der weitere Verlauf der Verhandlungen brachte in den wichtigsten Streitpunkten eine Übereinstimmung der Tarifparteien, so daß die erste Lesung der beiderseitigen Antragsvorlage durchgeführt werden konnte. Die endgültige Feststellung der Abänderungen des Manteltariffs einschließlich der Sonderbestimmungen für die einzelnen Sparten bleibt noch der zweiten Lesung vorbehalten, die erst nach den für Montag und Dienstag vorgesehenen Lohnverhandlungen vorgenommen werden soll.

Nachahmenswertes Beispiel. Auf Antrag der Firma Franz Böcker in Hainichen i. S., Verlag des "Saindiner Anzeigers", wurden fünf Kollegen, die 29 bis zu 37 Jahren im Dienste der Firma beschäftigt sind, städtischerweise für langjährige Treue in der Arbeit geehrt, während der Inhaber der Firma seine Anerkennung durch Überreichung eines Geldgeschenkes an die Jubilare zum Ausdruck brachte.

Kelame und Behörden. Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin fand am 16. Februar eine gutbesetzte Versammlung der Kelameinteressen statt, die der Verband Deutscher Kelamefachleute gemeinschaftlich mit andern Verbänden einberufen hatte. Vertreter zahlreicher Behörden und der gesetzgebenden Körperschaften waren der Einladung gefolgt, und auch unsere Organisation hatte sich dort vertreten lassen. Nach vier sachmässigen Referaten, die sich mit der Erschwerung und Unterdrückung der Kelame durch die Behörden und besonders mit dem Entwurf zum Städtebaugesetz, das dem Preussischen Landtag gegenwärtig vorliegt, befaßten, setzte eine lebhaft ausgeprägte Rede ein, die mit der einstimmigen Annahme folgender Entschließung abschloß: "Die behördlichen Verfügungen und Bescheide wegen Beschränkung und Erschwerung bei der Anbringung und Entfernung von bereits bestehenden Außenreklamen haben zu Zuständen geführt, unter denen diese Art der Reklameentwicklung außerordentlich leidet. Weiteste Kreise der Reklameverbraucher, Reklamehersteller und Reklamefachleute sind davon betroffen. Die Kundgebung des Verbandes Deutscher Kelamefachleute unter Mitwirkung des Kelamefachverbandes und zahlreicher Organisationen bezweckt die Klärstellung und Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Außenreklame gegen ungeredfertigte behördliche Verfügungen und Bescheide. Sie weist aus diesem Grunde die Öffentlichkeit, besonders den preussischen Landtag, auf die Gefahren hin, die der deutschen Wirtschaft drohen, wenn der Entwurf zum preussischen Städtebaugesetz in der vorliegenden Form Gesetz werden sollte. Die ersten Kelameinteressen aller Kategorien erwarten von den Behörden, daß die zuständigen Stellen angewiesen werden, bei allen Verfügungen und Bescheiden die wirtschaftliche Notwendigkeit der Außenreklame sorgsam zu beachten, die ästhetischen Anforderungen hinter der Nützlichkeit auf die Zweckmäßigkeit, Zweckdienlichkeit und Kosten der Außenreklame zurücktreten zu lassen sowie bei Anwendung und Auslegung der Landes- und ortsgesetzlichen Vorschriften Schädigungen der Interessen der Kelameinteressen tunlichst zu vermeiden. Andererseits stehen die Kelameinteressen nicht an, zu erklären, daß sie selbst Schalter an Schalter mit den zuständigen Be-

hörden für Ausschaltung aller Auswüchse in der Außenreklame einzutreten befreit sein werden."

Protest der Schriftsteller gegen den literarischen Hochverratsbegriff des Reichsgerichts. Durch Beschluß seiner Hauptversammlung vom 25. Februar protestierte der Schutzverband Deutscher Schriftsteller mit großer Entschiedenheit gegen die letzten Urteile des Reichsgerichts, die das bisher unbekannte Delikt von "literarischen Hoch- und Landesverrat" konstruieren. In der Entschließung heißt es u. a.: "Wenn das Reichsgericht im Gegensatz zu seiner früheren Rechtsprechung für die Feststellung von Hoch- und Landesverrat nicht mehr ein konkretes Unternehmen voraussetzt, wenn es schon die Äußerung einer Meinung publizistischer Form für ausreichend erachtet oder die Verbreitung einer beliebigen Nachricht, die nach Ansicht des Gerichts geeignet scheint, dem Reich oder den Ländern Schaden zuzufügen, so wird die durch die Befassung verbürgte Rede- und Denkfreiheit völlig vernichtet. Wenn ferner die an der Herstellung und Verbreitung einer Druckchrift beteiligten Setzer, Drucker, Buchhändler mit ihren Gehilfen und Lehrlingen für den Inhalt der von ihnen gedruckten oder vertriebenen Schriften verantwortlich gemacht werden, so wird hierdurch unverantwortlich Angestellten, die zu einer Prüfung weder berechtigt noch verpflichtet sind, ein Einspruchsrecht oder eine Art privater Justiz ausgenützt, die mit den Grundgesetzen unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung unvereinbar ist und die unvermeidliche Konflikte und Korruptionserscheinungen herbeiführen muß. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller hält es für seine Pflicht, das Reich und die Länder, die Parlamente und die öffentliche Meinung auf die schwere Bedrohung unseres gesamten geistigen, künstlerischen, politischen Lebens durch eine willkürliche, verfassungswidrige Justiz aufmerksam zu machen."

Die Mietpreiserhöhungen. In dem Entwurf einer Verordnung der Reichsregierung über die Erhöhung der Wohnungsmieten ist, wie bereits in unserer letzten Nummer erwähnt, eine solche Erhöhung nicht nur zum April, sondern auch schon zum Oktober vorgesehen. Wie amtlich mitgeteilt wird, will man schon jetzt auch die Oktobererhöhung festsetzen, weil der Reichsarbeitsminister dringend gewünscht hat, daß bei den alljährlich im Frühjahr vor sich gehenden Lohnverhandlungen der Arbeiter mit den Unternehmern beide Teile genau übersehen können, wie sich die Ausgaben für Wohnung im neuen Wirtschaftsjahr und damit auch in der Geltungszeit der neu abzuschließenden Tarifverträge gestalten werden. Hiernach ist man zu der Schlussfolgerung berechtigt, daß der Reichsarbeitsminister aus Anlaß der eintretenden Mietpreiserhöhungen entsprechende Lohnverhöhungen für unbedingt notwendig hält, und es ist anzunehmen, daß er die amtlichen Schlichter demgemäß anweisen wird. Zur Beruhigung verlaute weiter von amtlicher Seite, daß nach der Oktobererhöhung und bis zum 1. April 1928 keinesfalls eine weitere Mietregulierung eintreten werde, weil mit der jetzt verordneten Erhöhung die Vorschriften des Aufwertungsausgleichsgesetzes erfüllt seien. Wer's glaubt, hat Anrecht auf Kränkung bei gewissen Ausstellungen. Es ist auf jeden Fall begrüßenswert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sofort einen Initiativgesetzentwurf eingebracht hat, der eine Änderung des Gesetzes über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken bezweckt. Der Entwurf bestimmt, daß die Miete von 100 : 100 der Friedensmiete bis zum 31. März 1928 nicht überschritten werden darf. Gleichzeitig hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, den dem Reichsrat geleiteten Entwurf einer Verordnung zurückzugeben. Abgesehen davon tritt doch noch eine Terminüberschiebung ein.

Gesetzentwurf über Pensionszulagen. Von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der eine Neuregelung der Bezüge der Grosspensionäre und im Zusammenhang damit eine Änderung des Republikversicherungsgesetzes vorsieht. Der Entwurf sieht vor, daß jeder Pensionsempfänger ein Privateinkommen von rund 425 M. monatlich beziehen kann, ohne daß eine Kürzung seiner Versorgungsbezüge eintritt. Sobald aber das private Einkommen 425 M. übersteigt, wird die Hälfte auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Das Wesentliche in dem Gesetzentwurf ist jedoch die Bestimmung, daß in keinem Fall irgendeinem Beamten oder Offizier eine höhere Pension als 12 000 M. jährlich gezahlt werden darf. Durch die gleichzeitig beantragte Änderung des Gesetzes zum Schutze der Republik soll der auf die Dauer unerträgliche Zustand beseitigt werden, daß Leute in der Republik als höchstbeteiligte Pensionäre leben und gegen die Republik, die ihnen die hohen Pensionen zahlt, intelligenzer oder gar vorbrecherische Pläne gegen sie schmieden. Es dürfte von sozialdemokratischer Seite selten ein Antrag eingebracht worden sein, der so wie dieser auf allgemeine Zustimmung und Sympathie in den breitesten Volksschichten rechnen kann.

Der Berufsausbildungsgesetzentwurf. Vom Reichskabinett wurde der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes dieser Tage verabschiedet. Der Entwurf regelt die Berufsausbildung Jugendlicher, und zwar aller Jugendlichen, mit Ausnahme der in der Landwirtschaft beschäftigten. Es handelt sich um ein Rahmengesetz; vorgegeben ist darin weitgehende berufsfeldliche Selbstverwaltung auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Neue Behörden zu schaffen ist nicht beabsichtigt; die Regelung soll erfolgen im Anschluß an die schon bestehenden gesetzlichen Vertretungen von Handel, Industrie und Handwerk.

Die Arbeitszeitverordnung. Einer amtlichen Meldung zufolge hat die Reichsregierung nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung (Arbeitszeitgesetz) dem Reichsrat vorgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist in Rücksicht auf den nur vorläufigen Charakter der Regelung und auf die große Einbedeutung mit dem Gesetzentwurf nicht befaßt worden. Inhaltlich bringt der Gesetzentwurf eine Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung in denjenigen Punkten, die besonders zu Klagen über zu lange Arbeitszeiten Anlaß gegeben haben. Zu § 6 der Arbeitszeitverordnung wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Tarifvertrages die Behörde noch während dreier Monate keine längere

Arbeitszeit genehmigen kann, als sie nach dem Tarifvertrag zulässig war. Ferner wird für bedürftig zugelassene Mehrarbeit von Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entbehrlicher Mehrarbeit entgegenzuwirken. Eine Änderung des § 9 macht die Verlängerung der Arbeitszeit über zehn Stunden hinaus, die aus dringenden Gründen des Gemeinwohls ausnahmsweise zulässig ist, von einer behördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Richtung freier Spielraum gelassen war. Die wichtigsten der im Entwurf vorgesehenen Änderungen ist wohl die Aufhebung des § 11 Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung, der eine an sich ungeschickliche, aber von den Arbeitnehmern freiwillig geleistete Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für straflos erklärt; diese Bestimmung hat die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften ungünstig beeinflusst und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

Von der Volksfürsorge. Jeder 90. Deutsche ist bei der Volksfürsorge versichert; denn unser gewerkschafts-gesellschaftliches Unternehmen hat jetzt schon wieder einen Bestand von über 700 000 Versicherungen. Das ist immerhin ein achtbarer Erfolg, besonders wenn berücksichtigt wird, daß die Volksfürsorge überhaupt erst seit 1913 besteht und die Kriegs- und Inflationszeit außerordentlich hemmend wirkte. Im Januar d. J. wurden mehr als 25 000 Versicherungen abgeschlossen, und das Februarergebnis wird noch besser werden. Wenn die Entwicklung der Volksfürsorge so weiter geht, wird das Verhältnis der Bevölkerungsziffer des Deutschen Reiches zur Anzahl der bei der Volksfürsorge Versicherten bald ein ganz anderes sein, und zwar ein viel günstigeres. Auf dem Gebiete der Volksversicherung ist jetzt unsere Volksfürsorge führend. Die freien Gewerkschaften und Genossenschaften können stolz auf ihr Werk sein, das einst vor der Gründung bzw. in seinen Anfangsjahren von allen Seiten so bitter bescholzt wurde — und auch heute noch genug Gegner hat.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1927. Wie das "Reichsarbeitsblatt" in seiner Nummer vom 20. Februar hervorhob, pflegt der erste Monat des Jahres, soweit sich dies aus den Erfahrungen der Vor- und Nachkriegszeit allgemein ableiten läßt, den Höhepunkt der durch die Saisoneinflüsse bedingten Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt zu bringen. Der Beschäftigungsgrad der Industrie blieb nach den Berichten typischer Betriebe im Laufe des Januar im allgemeinen unverändert. Verglichen mit dem Dezember zeigten die Betriebe mit schlechter Beschäftigung eine Abnahme, während die Unternehmungen mit zufriedendem Beschäftigungsgrad zugenommen haben. Die Rationalisierung der Industriebetriebe scheint sich einem Stadium zu nähern, in dem sie auf den Arbeitsmarkt keinen besonders fühlbaren Einfluß ausübt. Nach den statistischen Feststellungen der Gewerkschaften waren bei diesen am Schluß des Januar unter 3,4 Millionen durch die Erhebung erfassten Mitglieder 581 108 oder 17,1 Proz. arbeitslos, 233 629 oder 6,9 Proz. arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit. Im Vormonat belief sich die Arbeitslosenziffer demgegenüber auf 16,7, die Kurzarbeitsziffer auf 7,3. Die Zahlenzunahme der Erwerbslosen ist eine, deren Zunahme bereits in der ersten Januarhälfte gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum nachließ, zeigte in der zweiten Januarhälfte einen Rückgang. Bei den Arbeitslosen wies ein Kant das Angebot von Arbeitskräften mit insgesamt rund 2,5 Millionen auf ungefähre die gleiche Höhe wie im Januar des Vorjahres. Gegenüber der Vorkriegszeit liegt das Höhenniveau der Arbeitslosenziffer ungleich viel höher und damit weit ungünstiger. Aber die Arbeitsmarktlage in der graphischen Industrie im Januar ergibt sich nach der reichsmittigen Statistik folgendes Bild:

Monat	Verband der Deutschen Buchdrucker	Allgemeiner Arbeiterverband	Orthographen und Stein-drucker	Buchbinder	Autoren-beraub	Gewerkschaftsverband (statistisch)	Summe Gewerkschaften
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
1926							
Januar	6,3	9,6	9,1	13,6	2,4	11,1	22,6
Februar	6,2	10,5	10,1	14,5	2,4	10,7	22,0
März	6,0	11,0	10,0	15,0	2,0	11,3	21,4
April	6,0	10,5	11,0	10,8	2,3	10,0	18,0
Mai	6,3	10,7	10,6	14,8	2,2	17,3	18,1
Juni	6,3	9,6	10,7	10,0	2,5	16,3	17,2
Juli	7,9	9,6	10,0	10,3	2,8	17,0	16,6
August	8,2	9,0	11,0	17,0	3,2	16,1	16,7
September	8,4	9,3	11,3	15,1	2,2	14,3	15,2
Oktober	6,8	8,2	9,8	12,9	2,8	7,9	14,2
November	4,0	7,2	—	10,3	1,9	7,2	10,7
Dezember	—	—	—	—	—	—	16,7
1927							
Januar	4,1	7,1	7,8	10,7	1,0	4,4	16,5

Die einzelnen Vergleichszahlen für Dezember 1926 fehlten in der amtlichen Statistik.

Briefkasten

D. Sch. in D.: Es handelte sich nur um eine angenehme Vergleichsziffer. — C. D. in Bielefeld: Verstreutes Publikum ist durchaus einmündig. — M. W. in D.: Viel mit Scheit usw. ist aber vom einmündigen. — M. A. in D.: Landtag ist schon statt vollzogen. — Ch. J. in St.: Bericht auf einer Berweidung; Jnl. 306: 7,20 M.

Verbandsnachrichten

Statistikarten einlesen!

Schärfster Einlesestermin für Februar 7. März. Stichtag für die Fällung der Statistikarten: 26. Februar. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten. **Beitrag Neustadt a. d. Saardt.** Die Seber Joseph Schuchardt (Hausnummer 114 000) aus Kesterhagen, wohnt in Kallisch in Konstantin, und Kurt Jakob (191 037) aus Bad Wilsenbrunn, wohnt in Kallisch in Konstantin, werden aufgefordert, unverzüglich ihre Karte an den Beiratskassenleiter Herrn Auer, Neustadt a. d. Saardt, Laikstraße 73, einzusenden, andernfalls Ausschluss erfolgt. **Potsdam.** Der Drucker Alfons W. (Hausnummer 118 500) wird hiermit aufgefordert, den erhaltenen Vorbescheid in Höhe von 5 M. zurückzugeben, andernfalls Ausschluss beantragt wird. A. soll in Berlin konfessionieren.

